

Fragmentarische Erkundungen

Die Idee scheint naheliegend. Am 9. Juli 2021 ist die Republik Südsudan im Begriff, den zehnten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit zu begehen. Nach wie vor gibt es keine deutschsprachige Monografie, die sich eingehend mit dem jüngsten Staat der Welt auseinandersetzt. Die Zahl jener, die eine solche Monografie vorlegen könnten, ist begrenzt. Was gäbe es also in der Tat für eine bessere Gelegenheit, meine mit dem Land verbundene Arbeit der letzten Jahre einem breiteren Publikum zugänglich zu machen? Nachdem es sich primär um Vergleichsstudien oder vertrauliche Consultancy-Aufträge gehandelt hatte, war diese Arbeit ohnehin bislang kaum als solche publiziert worden.

Aber wie es so ist mit guten Ideen, beinhalten sie oft Schwierigkeiten, die sich erst in ihrer Umsetzung offenbaren. Es war meine Prager Kollegin Lucia Najslova, die mein geflissentlich zurechtgelegtes Konzept einer sorgfältig sortierten Abhandlung über die südsudanesischen Konfliktlandschaften ins Wanken brachte. »Was fasziniert dich eigentlich an dem Land?«, warf sie ein. »Warum willst du da immer hin, was macht diese Anziehung aus?« Ich kann mich nicht mehr genau an meine vage Antwort erinnern. Jedenfalls warf ich wissenschaftliche und private Motive weitgehend unstrukturiert durcheinander. Nach unserer Konversation war mir weit weniger klar, was ich mit diesem Projekt eigentlich wollte, als ich vorher gedacht hatte. Die Frage zwang mich zu einem erneuten Nachdenken über dieses Buchprojekt.

Für jemanden, der seit Jahrzehnten zu bewaffneten Konflikten forscht, ist der Südsudan natürlich von naheliegender wissenschaftlichem Interesse. Ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg durchzieht die Geschichte der Region, unterbrochen von nur wenigen mehr oder minder friedlichen Perioden. Der Kontext ist konkret wie intellektuell schwer zugänglich für vergleichend arbeitende Forscher:innen, humanitäre und Entwicklungs-Professionals, oder andere Interessierte. Es ist zumindest für all jene schwierig, die den zumeist vereinfachten Darstellungen der (wenigen) Medienberichte kritisch gegen-

übertreten. Der einstmalige Forschungshype zum Südsudan fand im Zuge des im Jahr 2013 beginnenden Bürgerkrieges ein schnelles Ende. Er hatte bald nach der Unterzeichnung des *Comprehensive Peace Agreement* (CPA) zwischen dem *Sudanese People's Liberation Movement/Army* (SPLM/A) und dem vom Bashir-Regime regierten Sudan eine kurze Boomphase durchlaufen. Spätestens mit Ausbruch der zweiten Phase des südsudanesischen Bürgerkrieges im Jahr 2016 ist die Forschung im Land zum Erliegen gekommen. Getragen von zahlreichen, zumeist US-amerikanischen und britischen Master- und PhD-Studierenden, oftmals in Doppelfunktionen als Konsulent:innen für die in dieser Periode zahlreich vertretenen internationalen Entwicklungspartner, NGOs und UN-Agenturen, hatte dieser Höhenflug ohnehin nur zu einer überschaubaren Zahl an reflektierten und konzeptuell anspruchsvollen Arbeiten geführt. Sehr wohl aber zum mittlerweile fest verankerten Narrativ, der Südsudan sei überforscht.

Die Behauptung der Überforschung ist richtig wie falsch zugleich. In der Tat untersucht eine Unzahl an Reports humanitäre und entwicklungspolitische Herausforderungen wie die Lebensbedingungen und Vulnerabilitäten einzelner Bevölkerungsgruppen, Gender-Disparität, lokale Peacebuilding-Mechanismen oder die Wechselwirkungen zwischen bewaffnetem Konflikt und Naturkatastrophen. Zum Teil hervorragende und detailreiche Berichte, etwa von *Small Arms Survey*, beleuchten spezifische Konfliktlagen in verschiedenen Teilen des Landes. Und dennoch, trotz all dieser Materialien bleibt eine Annäherung an den Südsudan, was immer auch dieser Begriff umschließen mag, schwierig und seltsam abgerissen.

An diesem Punkt setzt meine spezifische Intention an. Eine strukturierte und konzise Analyse der bewaffneten Gewaltkonflikte im Südsudan zu erarbeiten, erschien mir nach dem zuvor geschilderten Gespräch mit Lucia Najslova als kein hilfreicher Ansatz. Einerseits haben die Konfliktlandschaften des Südsudan viele Spezifika, ganz sicher sind sie aber weder strukturiert noch konzise. Eine meiner Arbeiten im Land, die Erarbeitung einer klassischen Konfliktanalyse für die Agenturen des *UN-Country Team* (UNCT), hatte mir das eindeutig vor Augen geführt. Insbesondere die Diskussionen mit Kolleg:innen aus dem weiteren UN-Kosmos waren ein beständiger Erkenntnisprozess. Was sind die »root causes« des Konfliktes? Ist dieser oder jener Faktor nicht eher ein »proximate cause«? Welche Maßnahmen sind nun geeignet, diese »root causes« wirksam zu adressieren?

Die Erarbeitung dieser Analyse war ein Prozess der wiederholten intellektuellen Kapitulation. Die Analyse hatte sich gemäß den vertraglichen Vor-

gaben primär an den Bedürfnissen des Auftraggebers zu orientieren. Wenn gleich sich in solchen Aufträgen immer wieder Schlupflöcher auftun, waren die am Schluss aufgelisteten Empfehlungen eher eine Auflistung der ohnehin gegebenen UN-Interessen denn Konsequenzen einer rigiden Kontextanalyse. Bei aller Unklarheit war in Bezug auf die vorliegende Monografie sicher, dass ich den Weg argumentativer Stringenz nicht beschreiten wollte. Wahrnehmungen sollten nebeneinander bestehen können, ohne in richtig und falsch unterteilt werden zu müssen. Unmittelbare praktische Konsequenzen sollten sich nicht zwangsläufig ableiten lassen müssen, Einblicke und Orientierungen jedoch schon. Diese wollte ich mit diesem Projekt sehr wohl anstreben, mit all den Schwierigkeiten und potenziellen Anmaßungen, die mit einer solchen Absicht einhergehen.

Andererseits musste ein klar definierter Untersuchungsfokus grandios in der Beantwortung der Frage nach meinen Eigeninteressen in dieser Untersuchung scheitern. Sicher, da war eine gewisse Faszination in der Analyse eines Kontextes mit fortdauernden Gewaltkonflikten. Aber das erklärte nicht mein Bedürfnis, das zu tun, was ich mir fest vorgenommen hatte nie zu tun, eine Monografie über ein spezifisches Land zu schreiben. Tatsächlich war da also um einiges mehr. Und es ist ein immer wieder geäußelter Wunsch vieler meiner südsudanesischen Freund:innen und Kolleg:innen, denen ich von diesem Buchprojekt erzählte, dieses »Mehr«, die Besonderheiten des südsudanesischen Kontexts, im positiven Sinne, deutlich hervorzuheben und darzustellen. Zumindest, soweit es mir mit meinem Gewaltkonflikt-affinen Forschungshintergrund möglich wäre.

»Vor Reisen nach Südsudan wird gewarnt. Es wird dringend empfohlen, das Land zu verlassen.«

Es ist ein den Meisten bewusster, aber oftmals implizit gehaltener Widerspruch. Die ursprüngliche Materie – und damit das primäre Interesse – der Friedens- und Konfliktforschung und der Internationalen Beziehungen als Forschungsdisziplin im Allgemeinen ist der Gewaltkonflikt, zumindest in seiner Potenzialität. Diese Disziplinen arbeiten nicht zum skandinavischen Sozialstaat oder zu den Spielarten des deutschen Föderalismus. Und dies zu meist aus einem einzigen, trivialen Grund: das würden viele der in diesem Bereich Forschenden als furchtbar langweilig empfinden. Es benötigt nicht viel Selbstreflexion zuzugeben, dass ein relevanter Teil des Interesses an der

Beschäftigung mit dem Südsudan oder sogar an einer Reise dorthin mit den in der Überschrift stehenden Sätzen zusammenhängt. Sie entstammen den Federn der deutschen und österreichischen Außenministerien, finden sich aber in der einen oder anderen Form in den Reisehinweisen aller Staaten der nördlichen Hemisphäre.

Und in der Tat. Südsudan ist eine herausfordernde Umgebung. Natürlich ist empirische Forschung nirgendwo einfach, aber die Bedingungen im Südsudan sind ohne Zweifel besonders. Das beginnt selbstredend mit der Befriedigung des individuellen Sicherheitsbedürfnisses. Dazu ist zunächst festzuhalten, dass, entgegen mitunter gepflegter Vorurteile, dieses Sicherheitsbedürfnis ein weitgehend universales ist. Es vereint Südsudanese:innen aller Schichten und Gemeinschaften, afrikanische Expatriates und »Khawajas«, wie das kreolische Juba Arabisch die weißen Nicht-Arabisch-Sprechenden benennt.

Khawajas mögen, bedingt durch ihre Hautfarbe und den damit verbundenen Wahrnehmungen und Erwartungshaltungen, spezifischen Sicherheitsherausforderungen begegnen. Das Bedürfnis und die Sorge nach Sicherheit hingegen sind allgemein spürbar. Sicher gibt es die überschießenden Praktiken jener internationalen Professionals, die, zumeist untergebracht in hochgesicherten Compounds, jede Bewegung auf einer ungesicherten Straße ohne panzerverglasten SUV als potenziell suizidal einstufen. Aber diese kleine Gruppe übersteigert lediglich ein Gefühl, das alle antreibt. Im Gegensatz zu romantizistischen Annahmen einer autochthonen Risikoignoranz überlegt jede:r in allen Regionen des Südsudan zu jeder Zeit, was wann zu tun möglich, oder zu lassen nötig ist.

Eine solche sicherheitstechnische Geworfenheit führt jedoch mitnichten zu einem Hobbesschen »homo homini lupus«. Im Gegenteil. In vielen Fällen resultiert sie in integrativem Gemeinschaftssinn, sogar in Freundschaften, die sich aus kurzfristigen, pragmatisch geschlossenen alltäglichen Sicherheitskoalitionen ergeben. Ein kurzer Spaziergang im Dunkeln über wenige hundert Meter zwingt zu Gruppenbildung und dementsprechender kommunikativer Offenheit.

Es muss an dieser Stelle dazugesagt werden, dass Tourismus im Südsudan nicht stattfindet. Nie stattfand, auch nicht innerafrikanisch. Das ist global nahezu einzigartig. Irak und Syrien waren über Jahrzehnte ausgesuchte Ziele bildungsbürgerlicher Eliten aus Europa und den Vereinigten Staaten. Meine überaus risikoaversen Eltern besuchten vor einiger Zeit touristisch den Jemen. Afghanistan war, nicht zuletzt aufgrund seines Drogenan-

gebots, ein Traumziel der Hippie-Generation. Die Demokratische Republik Kongo (DRC) hatte touristische Phasen. Andere Staaten mit nicht lange zurückliegenden oder noch andauernden Gewaltkonflikten wie Kolumbien, die Philippinen oder Sri Lanka sind ohnehin designierte touristische Destinationen.

Nicht so der Südsudan. Eine urbane Legende erzählt, dass vor Zeiten ein Wagemutiger, der es geschafft hatte, ein – theoretisch existierendes – Touristenvisum zu ergattern, am Flughafen in Juba alle Register und eine relevante Zahl an US-Dollar-Banknoten ziehen musste, um ins Land einreisen zu dürfen. Niemand wusste etwas mit diesem Visum anzufangen. Vier russische Abenteurer, die im Januar 2021 mit einigem Kameraequipment als Touristen einreisten, wanderten direkt ins Gefängnis. Sie hatten ihren Trip mit einem Foto-Shooting am kleinen Kapoeta Airstrip in Eastern Equatoria eingeleitet, was der nationalen Sicherheit mehr als nur missfallen hatte. Es bedurfte diplomatischer Interventionen, um sie wieder außer Landes zu bringen.

Dementsprechend sind Khawajas ohne individuelles Sicherheitsdispositiv de facto nicht anzutreffen. Selbst libanesische Freunde, seit Langem im Juba ansässig und im Baugewerbe tätig, handeln im Bewusstsein dieser spezifischen Situation. »Hier schaue ich immer in den Rückspiegel, wenn ich fahre. Und auch, wenn ich nicht fahre.« In objektiven Zahlen ist das Leben nicht zwangsläufig riskanter als in anderen Weltgegenden – die Mordrate liegt beispielsweise deutlich unter den Staaten in Mittelamerika. Dennoch kommt diese relative Sicherheit nur für all jene zum Tragen, die aufgrund ihrer privilegierten ökonomischen Situation besonders betroffene Konflikt- und Katastrophenzonen des Landes meiden oder im Zweifelsfall verlassen können. Ein umfassendes Risikobewusstsein bleibt. Und es resultiert in einer unvermeidlichen sozialen Intensität und Prekarität, einem, wie Anna Tsing es nennt, »life without the promise of stability« (Tsing, 2005: 2).

Prekarität als ein einigendes Gefühl erklärt so manches an der Faszination des Südsudan. Diese Faszination hat eine wissenschaftliche Dimension, denn die kontinuierliche Turbulenz der politischen Realitäten macht jeden Ansatz einer stringenten Analyse prekär. Aber Prekarität ist auch ein sozialer Prozess, der Alternativen zum in Vor- und Umsorge erstickenden risikoaversen Lebensmodell europäischer Wohlfahrtsstaaten erahnen lässt. So liegt in dieser umsorgten Risikoaversion ein gewichtiges ethisches Problem. Sie bedient sich der Gleichförmigkeit als Modell und trachtet damit auch, in den Worten von Marianne Gronemeyer, »das Leben als letzte Gelegenheit« zu verhindern.

»Über die Unerträglichkeit der Kluft zwischen Lebenszeit und Weltmöglichkeit kann man zur Ruhe kommen, wenn weltweit Gleichförmigkeit hergestellt ist, wenn da draußen nichts zu wünschen übrigbleibt, wenn das andere und das Fremde nur als ein schwacher Abglanz, eine Minderform des Eigenen erscheint. Darum konnte man sich nicht damit begnügen, das Fremde verstehend und durchschauend zu erschrecken, sondern musste sich an die praktische Tilgung der Andersartigkeit machen.« (Gronemeyer, 1993: 155)

Diese Art von Gleichförmigkeit ist dem südsudanesischen Kontext unbekannt. Trotz all ihrer nachteiligen Effekte hat Prekarität eine Wahrnehmung, Gespür und Solidarität schärfende Dimension.

Der entwicklungspolitische Narrativ ist ein anderer. Er ergeht sich in einem solchen von Gronemeyer geschilderten Prozess der, wohlgemeinten, Tilgung der Andersartigkeit, umgesetzt im Versuch der globalen Reproduktion visionärer, real nichtexistierender Modelle inklusiver Wohlfahrtsstaatlichkeit. Es geht um die entwicklungspolitisch faziitierte Duplikation westlicher liberaler Demokratien. In anderen Worten: »getting to Denmark« (Pritchett et al., 2010: 42; Fukuyama, 2012: 14-22).

Wenn das Narrativ der unbeschränkten Funktionalität einer Gesellschaft wie der dänischen global Platz greift, ist der Weg zum entwicklungspolitischen Modellfall nicht weit. Der Südsudan ist einer jener Kontexte, die sich konsequent und kontinuierlich einer solchen Einebnung verweigern. Die zum Teil katastrophalen Implikationen sind nicht zu leugnen. Allerdings sind sie in einem historischen Vergleich von Staatsentwicklungsprozessen keineswegs so singulär, wie sie gegenwärtig erscheinen mögen. Die Unmöglichkeit einer institutionellen Einebnung unter Maßgabe des liberaldemokratischen Modells lässt jedoch alternative Perspektiven und Entwicklungswege offen. Nüchterner formuliert macht sie zumindest die Suche nach Alternativen zu nicht realisierbaren Idealtypen zu einer unabdingbaren Notwendigkeit.

Zugleich ändert Prekarität weltweit ihren Charakter. Grundlegend. »Precarity once seemed the fate of the less fortunate. Now it seems that all our lives are precarious – even when, for the moment, our pockets are lined.« (Tsing, 2005: 2) Während einer meiner jüngsten Reisen in den Südsudan, am 2. November 2020, ich befand mich gerade in der im Zuge der Covid-19-Krise vorgeschriebenen zweiwöchigen Selbstquarantäne in meinem üblichen Quartier in Juba, wird Wien, jene Stadt, aus der ich etwa zehn Tage zuvor angereist war, von einem Terroranschlag heimgesucht. Ein wirrer ISIS-Sympathisant hatte den letzten Tag vor einem weiteren Covid-19-Lockdown dazu auserko-

ren, ein größtmögliches Massaker in der belebten Wiener Innenstadt anzurichten. Vier Tote und 23 Verletzte bleiben zurück und, wie mir berichtet wurde, eine Stadt in tiefem Schock. Das Massaker wird zum Thema in Al-Jazeera und den allgegenwärtigen kenianischen KBC-Nachrichten. Am Morgen wissen alle Bescheid. Mein WhatsApp ist voll von Nachrichten südsudanesischer Freund:innen in Sorge ob der Situation in Wien. Der Anschlag ist das Thema meiner Frühstücks-Unterhaltung in Juba. Wie gefährlich ist Wien? Wie ist die Situation? Wie geht es meiner Familie?

Diese Besorgnis unterstreicht die durchdringenden subjektiven Erfahrungen mit allgegenwärtiger Prekarität. Sie sind aber auch Zeichen einer Zeitenwende. Wie es eine südsudanesische Freundin nahezu empört als Antwort auf meine Verwunderung ob der Situation formuliert, »tables turn«. Natürlich ist es keine vollendete Umdrehung eines globalen Struktur-Verhältnisses, die hier sichtbar wird, aber doch eine Aufhebung lange als fixiert und klar vertortet angenommener Muster von Sicherheit und Frieden. Wien, jene Stadt, die fast schon penetrant alljährlich das Mercer-Ranking der lebenswertesten Stadt der Welt einheimst, kann tatsächlich unruhig und bedrohlich wirken. Sogar unruhiger und bedrohlicher als Juba, der Hauptstadt des, je nach Rangliste, drittunsichersten Staates der Welt. Einer Stadt, die zu peripher gelegen ist, um überhaupt in das illustre Ranking der lebenswertesten Orte Eingang zu finden (Khartum war im Jahr 2019 – in offenkundiger Ignoranz gegenüber der Schönheit dieser Stadt – als Nummer 227 gereiht, Bangui als Nummer 230, gerade einen Platz vor Bagdad, das den letzten Rang belegte). Dass sich Wien einen Tag nach dem Anschlag in einem Covid-19-Lockdown wiederfand, während das Leben in Juba seinen gewohnten Gang ging, war nur ein weiterer Aspekt in dieser vor Kurzem noch unvorstellbaren sicherheitspolitischen Schiefelage.

Anschläge und Pandemien sind zweifelsohne Zeichen einer weitreichenden Veränderung der Lesarten von Sicherheit. »If we are to take seriously all of the warning signs that tell us that humanity is careening headfirst into a new world that offers no platform of stability, no guarantees of safety or survival, what then?« (Harrington und Shearing, 2017: 13) Der Kontext Südsudan trägt zu solchen Debatten zwei relevante Aspekte bei. Einerseits motiviert er zu einem beträchtlichen Maß an Relativierung des Gefühls von Unsicherheit. Auch wenn Anschläge und Pandemien die Perspektive der Unsicherheit als paradigmatischen Wechsel in idealtypische Stadtkonfigurationen wie Wien transferiert, bleibt nach wie vor Überraschung zurück. Auf allen Seiten. Diese Überraschung hat mit Erwartungshaltungen zu tun, die wiederum auf ide-

altypische und öffentlich transportierte Vorstellungen von Staatlichkeit und Gesellschaft zurückgehen. Wenn umfassende Sicherheit versprochen wird, ist jeder Bruch eines solchen Versprechens ein Skandal. Wenn keinerlei diesbezügliche Erwartung besteht, ist jede ruhige Periode ein Genuss.

Andererseits ist der Umgang mit Prekarität als existenzieller Unsicherheit ein grundlegend anderer. Die Behandlung von Prekarität im Südsudan ist unromantisch und hart, aber sie führt zu fundamentalen ethischen Herausforderungen, die sich schematischen Antworten entziehen. »Angst vor Covid-19?«, fragt eine südsudanesische Freundin rhetorisch. »Wenn Gott will, dass wir sterben, sterben wir. Also brauche ich mir keine großen Gedanken zu machen.« Und sie ist eine der wenigen, die demonstrativ eine Mund-Nasen-Bedeckung mit sich führen, nicht zuletzt aufgrund ihrer zweifellos gehobenen politischen Ambitionen. Doch selbst diese schnell eingelernte Symbolik kann den erlernten Umgang mit Risiko nicht konterkarieren.

Ist es Fatalismus oder Resilienz? Wahrscheinlich beides. Mit der Erwartungshaltung an ein staatliches Gemeinwesen, vollkommenen Schutz vor jeder Unbill zu gewährleisten, wie den Wirkungen von Anschlägen und Pandemien, lässt sich weder individuelle noch kollektive Resilienz aufbauen. Es ist paradoxerweise gerade die vollkommene Erwartungslosigkeit gegenüber dem südsudanesischen Staat, die soziale und politische Prozesse in diesem Kontext so lehrreich macht, gerade im internationalen Vergleich.

Die Unordnung der Fragmente

Die meisten Analysen und Berichte, die dem Südsudan gewidmet sind, leiden unter demselben Problem: sie verstehen den Kontext mitunter viel zu gut. Und sie sehen diesen Kontext als eine einheitliche Größe, ganz so, als handle es sich beim Südsudan um einen von 193 gleichwertigen Staaten, ebenso wie Dänemark, Australien, oder Somalia. Und in gewisser Weise ist diese Sichtweise korrekt. Da ist ein Unabhängigkeitstag, eine Flagge, ein Pass, eine Hymne. Da ist der Versuch der Konstruktion einer einheitlichen Geschichte. Elemente, die alle 193 Staaten dieser Welt einen, und einige mehr, die diesen Status gern erhalten würden. Doch auch das prototypische Dänemark wäre in einer solchen formalen Geschichte ohne seine Einbettung in den regionalen Kontext, ohne ein Einlassen auf seine Vielfältigkeit, ohne das Verständnis seiner spezifischen Geworfenheit in einen globalisierten internationalen Raum nicht zu begreifen.